

Zukunft der Schullandschaft

Veränderungen sind unausweichlich, doch beim sensiblen Thema Schule empfiehlt sich eine Politik mit Augenmaß.

Prognosen und Hochrechnungen waren korrekt: Der deutliche Rückgang der Kinderzahl ist nicht zu übersehen und erreicht bereits die weiterführenden Schulen. Das dürfte noch ein paar Jahre so weitergehen, bis sich die Zahl wieder stabilisiert, allerdings auf einem niedrigeren Niveau.

Die Ausgangslage

Es gehen aber nicht nur die Zahlen zurück, auch die Wünsche der Eltern haben sich gewandelt: Die Anmeldezahlen fürs Gymnasium sind so hoch wie nie, obwohl vielen Eltern Alternativen zur verkürzten Gymnasialzeit (G8) sehr recht wären. Auch die Realschulen verzeichnen einen guten Zulauf, nur der Zugang zu den Hauptschulen ist mittlerweile auf geradezu dramatische Weise rückläufig. Kleinere Orte, die bisher mit der Hauptschule zumindest noch einen eigenen Schulstandort besaßen, spürten die Gefahr als Erste – und machten Druck auf die Politik: Ergebnis war der Schulkompromiss von NRW im Sommer 2011. SPD, Grüne und CDU einigten sich darin auf den Fortbestand des dreigliedrigen Systems und auf eine Erhaltung der Gymnasien. Wo aber die Schülerzahlen eine eigene Haupt- oder Realschule nicht mehr hergeben, darf in Zukunft die neu eingerichtete Sekundarschule (siehe Kasten) die Schüler aller drei traditionellen Formen aufnehmen. Wie das miteinander unter einem Dach sich gestaltet, bleibt abzuwarten – natürlich handelt es sich um ein Experiment, und über Vor- und Nachteile wird man erst in einigen Jahren Verlässliches wissen. Vielen kleinen Orten brachte die Neuregelung aber zumindest Sicherheit für den eigenen Schulstandort (und der CDU die bittere Einsicht, dass das kommunalpolitisch Vernünftige auf Landesebene wahlkampfaktisch trotzdem falsch sein kann).

Coesfelder Verhältnisse

Was als Kompromisslösung zur Sicherung kleiner Standorte gedacht war, liefert aber noch lange kein Modell für größere Städte. Coesfeld als großer Schulstandort mit einem – mittlerweile allerdings schrumpfenden – Einzugsgebiet leidet zwar unter der Tendenz in den Nachbarkommunen, die Kinder lieber am eigenen Ort zu halten, doch die zwei städtischen und das bischöfliche Gymnasium stehen mittelfristig noch relativ sicher da; auch die zwei Realschulen sind derzeit noch ungefährdet. Kritisch sieht es momentan bei den beiden Hauptschulen aus: Zwei eigenständige Hauptschulen, von denen jede womöglich über Jahre allenfalls noch eine einzige Eingangsklasse bilden kann, dürften keine große Zukunft mehr haben. Hier wird die Politik – aber bitte im Gespräch mit Schulen und Eltern! – wohl schon bald über Auswege, etwa eine Zusammenlegung, nachdenken müssen.

Offener Streit

Im Grunde also, dachten auch die *Pro Coesfelder*, kann man die Dinge endlich einmal gelassen angehen: Die Schulen am Ort funktionieren und sind nicht ernsthaft bedroht, und dass in den nächsten Jahren Klassenräume frei werden, kann ja auch eine Chance für die Schulen sein, die bisher eher unter Raumnot leiden. Dann aber brachte

Schullandschaft Coesfeld!

der Gutachter des neuen Schulentwicklungsplans einen ganz anderen Stein ins Rollen: zwei Hauptschulen, zwei Realschulen – daraus ließen sich doch kurzerhand zwei Sekundarschulen machen, so das Gutachten in einem Ausblick. Auf einem Vortragsabend mit auswärtigen Referenten ließ die CDU zunächst Sympathie für dieses Modell erkennen, und auch die Verwaltung trat auf, als sei dieser Umbau schon beschlossene Sache. Wie so oft in Coesfeld schienen hier Tatsachen geschaffen, noch ehe die betroffenen Parteien davon wussten: Lehrer und Eltern hatten noch niemand gefragt ... Und die protestierten und meldeten sich zu Wort, u.a. bei einem Bürgerabend von *Pro Coesfeld* im Kolpinghaus: Einhellig warnten die Teilnehmer davor, ohne Not die vorhandenen guten Strukturen zu zerschlagen. Denn es lassen sich, so die kritischen Bürger, eigentlich viele Modelle entwerfen: nicht nur zwei Sekundarschulen, sondern womöglich eine Sekundarschule plus eine Haupt- und eine Realschule oder eine Sekundarschule plus eine Realschule ... oder man kümmert sich zunächst um das Problem der Hauptschulen und lässt die bewährten Realschulen (eine mit Ganztags, eine konventionell) weiter bestehen. *Pro Coesfeld* jedenfalls ließ sich von diesen Mahnungen überzeugen; die Fraktion griff gemeinsam mit dem Arbeitskreis Schule die Einwände auf: Wir brauchen, so die Position der Wählergemeinschaft, nicht jetzt schon eine Krise zu lösen, die es bei uns momentan noch gar nicht gibt, sondern können abwarten, welche Erfahrungen andere Städte in den nächsten Jahren mit der neuen Schulform machen. Übers Knie brechen muss man jedenfalls noch nichts, und schnelle Entscheidungen sind bekanntlich nicht immer die besten.

Lösung in Sicht?

Viel Zuspruch ertete die Wählergemeinschaft für diese Zurückhaltung, die auf den Dialog mit den Betroffenen setzt (und beim Thema Schule sind das nicht nur Eltern und Kinder, sondern auch die Lehrer!). Auch die Vertreter von „Aktiv für Coesfeld“ mahnten schon bald zur Vorsicht, und Ende August meldete sich dann der Schul-

Arbeitskreis der CDU öffentlich zu Wort: Die Zusammenlegung der beiden Hauptschulen sei wohl unvermeidlich, aber die Realschulen solle man erhalten und „in Ruhe beobachten, wie sich diese neue Schulform [der Sekundarschule] auch rund um Coesfeld entwickelt“ – so die CDU in einer Pressemitteilung, die sich unverkennbar der Haltung von *Pro Coesfeld* näherte. Dass hier heftig zurückgerudert wurde, war nicht zu übersehen; nur wollte man es nach der Kehrtwende wohl ganz besonders gut machen und rasch noch übers Ziel hinaus: Während die Verwaltung, wie vom Schulausschuss beschlossen, noch offene Gespräche mit den Schulleitungen führte, stellte die CDU nun kurzerhand den Antrag, das bestehende System (mit Ausnahme der beiden Hauptschulen) einfach komplett zu erhalten. Das mag ja richtig sein, klammert aber Elternwünsche (Gesamtschule?) und künftige Trends vollkommen aus. Ver-

nünftiger wäre es da, so die *Pro Coesfelder*, nicht gleich wieder etwas zu beschließen, sondern zuallererst einmal ernsthaft mit den Betroffenen zu reden und erst nach einem gründlichen Diskussionsprozess zu entscheiden: die Schulleiter anzuhören, die Lehrer- und Elternvertreter und schließlich eine neue Elternbefragung durchzuführen. Auch die Elternpflegschaften sind jetzt aufgerufen, sich einzumischen; und natürlich darf auch über die Raumnot gesprochen werden, die sich beim Nepomucenum bereits abzeichnet. Zum Glück spielte übrigens Parteipolitik in der entscheidenden Ausschusssitzung keine Rolle mehr; alle Fraktionen waren sich schließlich einig, dass vor dem Schuljahr 2014/15 in Coesfeld ohnehin nichts anbrennt. Ein gutes Zwischenergebnis und ein Beweis dafür, dass in sachlicher Atmosphäre vernünftige Lösungen durchaus möglich sind, wenn alle bereit sind, ihre Ausgangspositionen zu korrigieren.

Die Sekundarschule

Der neue Schultyp der Sekundarschule soll das dreigliedrige System in NRW nicht ersetzen, sondern führt – bei Bedarf – die bestehenden Schulformen unter einem neuen Dach zusammen. Dabei deckt diese Schule nur die Klassen 5 bis 10 ab; Kinder, die das Abitur anstreben, müssen also spätestens in der Oberstufe auf ein Gymnasium (oder an ein Berufskolleg bzw. eine Gesamtschule) wechseln. Bis zur Klasse 10 steht die Sekundarschule aber theoretisch allen Kindern offen, also auch denen mit einer Gymnasialempfehlung; faktisch wird sie aber, zumal an Orten mit Gymnasien, wohl vor allem die Schüler der Haupt- und Realschulen aufnehmen. In der Klasse 5 und 6 sollen die Kinder gemeinsam unterrichtet werden; anschließend ist ein teilweise gemeinsamer Unterricht ebenso möglich wie eine strikte Trennung der einzelnen Zweige. Sekundarschulen sollen als Ganztagsschulen betrieben werden. Befürworter begrüßen die Einlösung des populären Schlagworts vom „längeren gemeinsamen Lernen“, Kritiker bemängeln genau dies. Erhebliche Skepsis äußern viele Eltern von Realschülern, die befürchten, dass eine bewährte Schulform kurzerhand auf dem Altar der Demographie geopfert wird.

Liebe Coesfelder Mitbürgerinnen und Mitbürger,

haben Sie schon einmal über die Kommunalpolitik in unserer Stadt nachgedacht? Könnten Sie auf Anhieb ganz konkret hier in Coesfeld typisch christdemokratische, sozialdemokratische, grüne oder freiheitliche Grundelemente benennen? Sind es wirklich die politischen Farben, welche die Entscheidungen in unserer Stadt prägen? Oder sind es nicht vielmehr die Menschen und die Einsatzfreudigkeit von Coesfelder Ratsvertretern aller Gruppierungen, die letztendlich etwas bewegen?

Ganz sicher ist das so. Hier in der Kommune werden keine Gesetze diskutiert, sondern die Stadtgesellschaft wird nach vorgegebenen Gesetzen organisiert. Da spielt politische Farbe keine zentrale Rolle. Hier, vor Ort, zählen Einsatz, Kritikfähigkeit, Wissen, Bürgernähe und der kritische Blick (auch auf die Verwaltung). Das gelingt uns allen mal mehr und mal weniger gut. Kommunalpolitik kann es nicht immer jedem recht machen – und dann muss eben auch gestritten und debattiert werden. Das geschieht mit den Bürgern, in den Fraktionen und öffentlich im Rat der Stadt und in den Ausschüssen. Nehmen Sie teil an diesem guten und nötigen Streit. Kritisieren Sie uns, regen Sie an und bemühen Sie sich gemeinsam mit uns zum Wohle unserer Stadt. Schule, Kindergarten, Verkehr, Promenaden, Innenstadtgestaltung, Ökologie, Windkraft, Verwaltung, Finanzen ... es gibt auch in der Kommune viele Felder, die gestaltet werden wollen. Denken Sie einmal über Coesfelds Politik nach, oder beteiligen Sie sich, egal wo, weil politische Farben in der Kommunalpolitik nicht so wichtig sind. Hier vor Ort zählt nur der Einsatz für unsere Stadt – deren Namen wir von Pro Coesfeld gern und stolz im Vereinsnamen tragen.

Robert Böyer, 1. Vorsitzender von Pro Coesfeld e.V.

In der Vergangenheit blieben Förderschulen bei der Diskussion um Chancengleichheit im Schulsystem eher unberücksichtigt. Das änderte sich schlagartig im Jahr 2009. Von diesem Zeitpunkt an verpflichteten sich alle Bundesländer dazu, Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Schulsystem zu verschaffen. Damit wurde die Umsetzung des Artikels 50 der UN-Behindertenkonvention zumindest formal auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig geriet eine neue Dynamik in die Diskussion über die beste Form der Beschulung von Kindern mit Förderbedarf: Entscheidet man sich eher für eine Förderschule oder für den Gemeinsamen Unterricht (GU) in einer Regelschule? Auf jeden Fall lohnt es sich, beide Systeme mit „offenem Visier“ zu betrachten.

Das Ideal: Gemeinsam lernen in der Regelschule

GU ist keine neue pädagogische Erfindung. Gemeinsamen Unterricht gibt es schon länger; in diesen Fällen werden Klassen traditionell von mehreren Lehrkräften unterrichtet. Neu ist dabei, dass Kinder heute ein Recht darauf haben, an einer Regelschule am GU teilnehmen zu können. Umgesetzt wird der GU momentan im Grundschulbereich und in der Sekundarstufe.

Da mittlerweile viele Grundschulen den GU anbieten, ist dort für die entsprechenden Schülerinnen und Schüler eine konstante sonderpädagogische Betreuung gegeben. Und die sonderpädagogische Förderung ist nicht mit dem Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule beendet. Vielmehr besteht, bedingt durch eine oft gute Vernetzung der Schulen, ein reger Austausch, der den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in ihrer Gesamtheit zugutekommt.

Schulen mit GU setzen in der Regel Sonderpädagogen ein. Die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gehören dabei ganz regulär zu den allgemeinen Klassen.

Die erforderlichen Stellen für die Unterrichtsversorgung und die sonderpädagogische Förderung errechnen sich nach der Relation „Schüler je Stelle“ des festgestellten Förderschwerpunkts der jeweiligen Kinder. Sie werden durch Lehrkräfte für Sonderpädagogik abgedeckt. Dabei wird eine Lehrkraft der allgemeinen Schule gleichberechtigt von einer Lehrkraft aus dem Bereich der Sonderpädagogik unterstützt. Beide erstellen individuelle Förderpläne und planen nach Möglichkeit auch den Unterricht gemeinsam. Die Kinder erleben sich insgesamt als Gemeinschaft, in einer Klasse wird niemand ausgeschlossen. Die Kinder mit Förderbedarf werden zusätzlich individuell gefördert. Ist in einem Fach keine zusätzliche Förderung notwendig, ist die Beteiligung am regulären Unterricht vorgesehen. Dabei besteht kein Zwang, dass die Kinder mit Förderbedarf am Ende eines Schuljahres den gleichen Lernstand haben müssen wie ihre Mitschüler ohne Förderbedarf. Vielmehr erhalten die Kinder den Freiraum, den sie brauchen, um sich so gut zu entfalten, wie es den Umständen entsprechend möglich ist.

Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht?

Die Debatte um Inklusion und ihre Bedeutung für das Schulsystem hat gerade erst begonnen.

Hindernisse

Auch für Kinder ohne besonderen Förderbedarf hat die gemeinsame Beschulung im günstigen Fall positive Auswirkungen. Sie üben und entwickeln nicht nur ihre sozialen Kompetenzen, sondern profitieren ebenfalls von der Praxis individueller Förderung. Einige Schwierigkeiten bestehen jedoch nach wie vor:

Meistens gibt es gar nicht genügend Sonderpädagogen an einer allgemeinen Schule, so dass die Aufnahmekapazität für Kinder mit einer Behinderung dort recht begrenzt bleibt. Eine Aufnahme hat nämlich wenig Sinn, wenn die entsprechende Förderung nicht gewährleistet ist. Hinzu kommt, dass nicht jeder Schüler an jeder Schule am gemeinsamen Unterricht teilnehmen kann, da beispielsweise körperliche Beeinträchtigungen häufig spezielle räumliche Voraussetzungen (breite Türen, behindertengerechte Toiletten oder einen barrierefreien Zugang zu Klassen- und Fachräumen) erfordern. Die notwendigen Umbauten lassen sich an vielen Schulen auch bei gutem Willen gar nicht realisieren.

Förderschulen als Alternative

Im Übrigen gilt nach wie vor: Nicht bei allen Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf ist die Beschulung an einer allgemeinen Schule auch tatsächlich sinnvoll. Es gibt durchaus Kinder, die aufgrund ihrer kognitiven und sozialen Voraussetzungen nur gemeinsam mit Kindern, die ähnliche Probleme haben, auf eine ihren Bedürfnissen angepasste Weise unterrichtet werden können. Ein stark verhaltensauffälliges Kind benötigt feste Beziehungen und eine kleine Lerngruppe. Beides ist im GU einer allgemeinen Schule, die das Fachlehrerprinzip verfolgt, nicht gegeben. Bei einem lernbehinderten Kind dagegen sind die wenigen GU-Stunden nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und in keiner Weise am tatsächlichen individuellen Förderbedarf orientiert. Dabei brauchen Kinder, für die der GU bewilligt wurde, eigentlich mehr als ein paar „Kleckerstunden“.

Die Konzeption der Förderschulen hat zum Ziel, Kinder mit Benachteiligungen in ihrer Bildungs- und Lernentwicklung sehr gezielt zu fördern. Dadurch erhalten diese Kinder einen Zugang zur Bildung, um später im Leben einen Beruf ausüben und am Alltag teilnehmen zu können – ein wichtiger Schutz gegen Benachteiligungen. Förderschulen unterteilen sich in verschiedene Schultypen,

damit es einfacher ist, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Verbreitet ist in der Förderschule das Klassenlehrerprinzip. Besonders bei Schülern mit einem emotionalen und sozialen Förderbedarf ist der Beziehungsaufbau zum Lehrenden von großer Bedeutung. Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer stellen dabei eine konstante Bezugsperson dar. Das bietet den Kindern ein Höchstmaß an Klarheit und Stabi-

Politiker wichtiger als Bürger?

Dieser Verdacht drängt sich auf, wenn man einen kleinen Vorfall betrachtet: Ein Einwohner aus Lette hatten einen sogenannten Einwohnerantrag nach § 24 Gemeindeordnung gestellt und das Schreiben während der Osterfeiertage persönlich in den Briefkasten des Rathauses eingeworfen. Und zwar fristgerecht vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.04.2012, der satzungsgemäß über diese Anträge entscheidet.

Leider fehlte der Antrag auf der Tagesordnung und niemand seitens der Verwaltung erwähnte den Antrag auch nur mit einem Wort. Der Antragsteller erhielt später den Bescheid, der Antrag werde in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.06.2012 behandelt. Da die Eingabe sich mit einer Anfrage für den Ausschuss Umwelt, Planen und Bauen beschäftigte, würde sie dann vom Hauptausschuss an den besagten Ausschuss verwiesen – aber der tagte genau einen Tag vorher, am 27.06.2012. blieb also für den Antrag des Bürgers nur die nächste Sitzung des Bauausschusses am 19.09.2012. Die Verwaltung bestätigte auf Anfrage, dass der Einwohnerantrag fristge-

recht vorgelegen habe, der zuständige Sachbearbeiter jedoch im Urlaub gewesen sei und erst am 12.04.2012 Kenntnis davon erlangt habe. Zu diesem Zeitpunkt sei die Frist zur termingerechten Vorlage im Hauptausschuss jedoch bereits abgelaufen. Von der vorgeschlagenen Lösung, der Rat könne sich die Angelegenheit kraft Gesetzes zu eigen machen und in seiner Sitzung am 03.05.2012 den Antrag zeitnah an den Ausschuss Umwelt, Planen und Bauen verweisen, hielt der Verwaltungschef gar nichts. So wurde über eine am 08.04.2012 eingereichte Anregung aus der Bürgerschaft erst am 19.09.2012 beraten. Ganz anders erging es einem (wie sich in der Ratssitzung herausstellte) Show-Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Bauen. Dieser datiert vom 23.04.2012, trägt nicht einmal einen Eingangsstempel der Verwaltung, wurde aber bereits einen Tag später, am 24.04.2012, als Ratsvorlage verfasst und stand pünktlich auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 03.05.2012. Geht also, kommt wohl nur auf die Antragssteller an.

recht vorgelegen habe, der zuständige Sachbearbeiter jedoch im Urlaub gewesen sei und erst am 12.04.2012 Kenntnis davon erlangt habe. Zu diesem Zeitpunkt sei die Frist zur termingerechten Vorlage im Hauptausschuss jedoch bereits abgelaufen. Von der vorgeschlagenen Lösung, der Rat könne sich die Angelegenheit kraft Gesetzes zu eigen machen und in seiner Sitzung am 03.05.2012 den Antrag zeitnah an den Ausschuss Umwelt, Planen und Bauen verweisen, hielt der Verwaltungschef gar nichts. So wurde über eine am 08.04.2012 eingereichte Anregung aus der Bürgerschaft erst am 19.09.2012 beraten.

Ganz anders erging es einem (wie sich in der Ratssitzung herausstellte) Show-Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Bauen. Dieser datiert vom 23.04.2012, trägt nicht einmal einen Eingangsstempel der Verwaltung, wurde aber bereits einen Tag später, am 24.04.2012, als Ratsvorlage verfasst und stand pünktlich auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 03.05.2012.

Geht also, kommt wohl nur auf die Antragssteller an.

Ein neuer Bürgermeister?

Es ist guter Brauch, dass der Bürgermeister als Repräsentant der Stadt bei Vereinsjubiläen und Veranstaltungen zugegen ist und ein Grußwort mitbringt. Natürlich hat er nicht immer Zeit (oder Interesse). Dann wird er vertreten von einem der beiden stellvertretenden Bürgermeister: Gerrit Tranel (CDU) oder Martina Vennes (*Pro Coesfeld*). Sind beide verhindert, springt auch schon einmal einer der Beigeordneten in die Bresche.

Martina Vennes, in Coesfeld bekannt und bei vielen Vereinen ein gerngesehener Gast, hat diese Pflichten immer sehr ernst genommen. Woran mag es dann nur liegen, dass sie, obwohl vom

Rat gewählt, inzwischen kaum noch offizielle Termine wahrzunehmen hat? Darf man da schon Wahlkampf-Taktik unterstellen?

Das ist recht merkwürdig, aber nicht zu beanstanden. Nur: Zumindest laut Zeitungsmeldung trat unlängst bei der Eröffnung der Rassegeflügelchau kein Bürgermeister, kein stellvertretender Bürgermeister und kein Beigeordneter, sondern der Fraktionsvorsitzende der CDU als städtischer Vertreter auf. Und da wird es nun mehr als seltsam, zumal die 2. stellvertretende Bürgermeisterin durchaus Zeit gehabt hätte. Nur gefragt hat man sie – wieder einmal – nicht.

Wer hatte recht?

Rückblick auf den Streit um die Grundschulschließungen

2003 wurden in Coesfeld tiefe politische Gräben aufgerissen: Eine ganze Stadt diskutierte erregt über die geplante – und durchgesetzte – Schließung mehrerer kleiner Grundschulen. Es kam zum Bürgerbegehren und zum (knapp an der notwendigen Mindestbeteiligung gescheiterten) Bürgerentscheid, und die damalige Elterninitiative war eine der großen Gruppierungen, aus denen 2004 *Pro Coesfeld* hervorging.

Neun Jahre später ist der allgemeine Rückgang der Schülerzahlen nicht zu übersehen. Wir seien gut aufgestellt, erklärt der Bürgermeister heute gern, und die Schulschließungen damals seien genau richtig gewesen. Aber hat er wirklich recht?

Der Protest entzündete sich 2003 nicht zuletzt auch an der Vorgehensweise: Die noch mit absoluter Mehrheit „regierende“ CDU hatte der Schließung kurzerhand zugestimmt, ohne vorher ein Gespräch zu suchen. Die Eltern wurden vor vollendete Tat-

sachen gestellt, Gegenargumente wollte man nicht hören: Schrödersche Basta-Politik auf Coesfelder Art.

Und die Sache selbst? Natürlich konnten die engagierten Eltern die Zahlen sehr genau (und womöglich besser als die damaligen Ratsvertreter); eine Ewigkeitsgarantie für die kleinen Schulen verlangte niemand.

Im Gegenteil: Nach genauen Berechnungen boten die Eltern in einem Kompromissvorschlag die Schließung der Jakobischule für den Sommer 2008 an. Für die Martinschule gaben die Prognosen einen – weitgehend unproblematischen – Bestand bis 2012 her; dementsprechend forderte die Elterninitiative, die Brinker Schule noch bis 2012 weiterzubetreiben und erst dann angesichts neuer Zahlen zu entscheiden, ob eine Weiterführung über diesen Termin hinaus sinnvoll sei oder ob der Schulbetrieb ab 2012 auslaufen solle; die Frage stände also heute zur politischen Entscheidung an. Die Eltern vom Brink diskutierten

damals über die Vorteile kleiner, wohnortnaher Grundschulen (heute allgemein anerkannt, 2003 seitens der CDU heftig bestritten), über Schulbezirksgrenzen, die zuungunsten der Martinschule geändert wurden (bevor die Landesregierung die zwingende Bindung an Bezirksgrenzen ohnehin aufhob), und sie forderten, die Martinschule als Nebenstelle z.B. der Lambertischule zu führen (eine Organisationsform, die mittlerweile in NRW regulär zulässig ist). So unrealistisch waren die Elternforderungen damals also nicht; mehrere Schülergeneratio-

nen hätten noch von den Vorzügen einer kleinen Schule profitieren dürfen, und es wäre auch nicht eingetreten, wovon die Elterninitiative schon damals gewarnt hatte: ein unnötiger Ausbau der Lambertischule und die Schaffung von neuen Räumen, die dort demnächst wieder leerstehen dürften.

Auch das war vorhersehbar und vermeidbar. Und die Vermarktung des Schulareals am Brink als Bauland? Die hat ja gerade erst begonnen; da hätte man die neun Jahre also ruhig noch abwarten können.

Wir sind stolz auf unsere Stadt

Strategische Steuerung durch Zielvereinbarung – oder: Die CDU packt den Bremsfallschirm aus

Nach jahrelangen Bemühungen war *Pro Coesfeld* endlich erfolgreich: Der Rat stimmte dem Antrag auf Vereinbarung strategischer Ziele am 09.02.2012 einstimmig zu. Laut Beschluss sollten die Ratsmitglieder in einem ersten Workshop unter der Leitung eines externen Moderators mit der Zieldiskussion beginnen.

Wozu strategisch steuern?

Aufgabe des Rates ist es nämlich, der Verwaltung Leitlinien vorzugeben und zu steuern, statt sich in einer Fülle von Einzelentscheidungen zu verlieren. Wer steuern will, muss aber zunächst sein Ziel bestimmt haben.

In Zeiten immer knapper werdender Finanzausstattungen der Kommunen ist es unabdingbar, durch solche strategischen Ziele festzulegen, für welche Aufgaben die Stadt eigentlich ihr Geld ausgeben will. Natürlich kann man so tun, als sei alles gleich wichtig, und das knappe Geld auf alle denkbaren Projekte aufteilen, aber das käme einem Allround-Dilettantismus gleich und würde auf Dauer die Qualität der Daseinsvorsorge beeinträchtigen und den gewohnten Standard, den die Bürger erwarten dürfen, schmälern.

Daher sollte eine moderne Kommune eine Zieldiskussion führen und das Ergebnis im Konsens des Rates beschließen – nach örtlichen Bedürfnissen und unabhängig von übergeordneten Parteivorgaben. Es geht nämlich darum, das Beste für Coesfeld und seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, und nicht darum, allem ein Parteiprogramm überzustülpen und eigene Ziele oder die eines Landes- oder Bundesverbandes durchzusetzen.

Eigentlich ist alles ganz einfach: Auch im Privatleben setzen wir uns Ziele und bilden Prioritäten, also eine Rangfolge, in der wir unsere Ziele erreichen wollen. So legt man sich auch in der Familie fest und plant unter Berücksichtigung seiner Finanzen, ob der Urlaub, das neue

Auto, die Küche oder die Stereoanlage angeschafft werden sollen. Und nichts anderes muss auch der Rat tun: Wollen wir als oberstes Ziel eine gute Schullandschaft weiterentwickeln, die Infrastruktur stärken, Gewerbe ansiedeln, Kaufkraft binden etc., etc.?

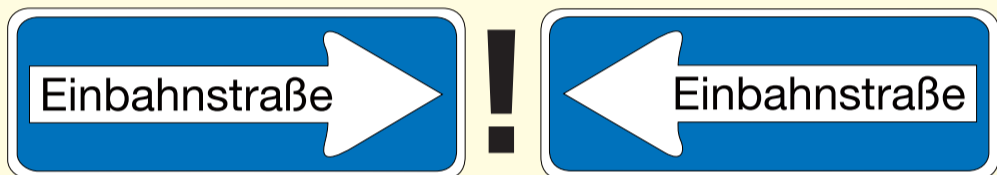
Je geringer die Priorität eines Themenfeldes, desto größere Konsolidierungsansätze sind vorhanden. Viele Stadt- und Gemeinderäte bedienen sich mittlerweile erfolgreich dieser strategischen Zielvorgaben. Während wir hier in Coesfeld beispielsweise noch stundenlang über einen Zuschuss von 500 EURO für eine Jugendmaßnahme diskutieren, werden woanders ganz andere Ziele erreicht.

Erst ja, dann nein

Alle Fraktionen ließen sich davon überzeugen, dass ein solches – auch seitens der Verwaltung durchaus begrüßtes – Vorgehen für Coesfeld sinnvoll sein kann. Am 09.02.2012 fiel der einstimmige Beschluss, noch im ersten Halbjahr mit den Vorbereitungen und Workshops zu beginnen, um pünktlich zu den Etatberatungen zum Haushalt 2013 die Finanzsituation den Zielvereinbarungen anpassen zu können.

Umso unverständlicher erschien das plötzliche Ausscheren der CDU aus dem gemeinsamen Zeitplan und die nachträgliche Weigerung, den Ratsbeschluss mitzutragen. Das käme alles viel zu schnell, man würde sein eigenes Profil nicht wahren können, lauteten die ablehnenden Worte des Fraktionsvorsitzenden in einer gemeinsamen Vorbesprechung. Offensichtlich hat man immer noch nicht verstanden, dass Kommunalpolitik anders funktioniert.

So kommt es zu der paradoxen Situation, dass trotz einstimmigen Ratsbeschlusses die CDU ihr eigenes Süppchen kocht und den allseits gewollten Prozess blockiert, Coesfeld strategisch und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.



Verkehrschaoas beendet: Protest hat sich gelohnt

Vor genau einem Jahr beherrschte in Coesfeld ein einziges Thema die Schlagzeilen: die Sperrungen und geänderten Verkehrsführungen in der nordwestlichen Innenstadt. „Ein Experiment versetzt die Stadt in Aufruhr“, hieß es in der *Pro Coesfelder Rundschau* im Oktober 2011 – und den Aufruhr konnte man tagtäglich im Verkehr erleben: Staus und Autoschlangen in bisher ruhigen Wohnstraßen, Chaos bei Schulbeginn, gefährliche Situationen vor allem an der Promenade – und wutentbrannte Anwohner bei den Informationsveranstaltungen von *Pro Coesfeld*. Was die Anlieger einiger Straßen entlasten sollte, trieb unzählige andere auf die Barrikaden: Für viele Bürger wurden die Wege durch die Innenstadt plötzlich sehr viel länger und komplizierter – und das, nachdem die Coesfelder in einem erfolgreichen Bürgerentscheid 2006 genau solchen Plänen eine klare Absage erteilt hatten.

In der *Pro Coesfelder Rundschau* Nr. 12 hatte sich die Wählergemeinschaft verpflichtet, den deutlich geäußerten Mehrheitswillen der Bürgerschaft aufzugreifen und sich für einen vorzeiti-

gen Abbruch des missglückten Experiments einzusetzen. Dass es zu einem solchen Abbruch kam, können die protestierenden Bürger durchaus als ihren Erfolg verbuchen: Ohne den lautstarken Widerstand hätte es womöglich keine Mehrheit gegen die neuen Verkehrsführungen gegeben.

Etwas schneller hätte man es freilich haben können: In der Ratssitzung am 20.11.2011 hatte *Pro Coesfeld* bereits die Aufhebung der „Versuchsphase“ beantragt, stand mit dieser Forderung aber noch völlig allein; auch die CDU, die das Experiment eher skeptisch begleitete, wollte von solcher „Hektik“ nichts wissen. Erst sechs Wochen später, am 22.12., stimmte dann auch die CDU zusammen mit *Pro Coesfeld* für die Rückkehr zur alten Verkehrsführung. Hatte man da ganz besonders lange für die Prüfung gebraucht, oder trug der Antrag im November einfach nur den falschen Briefkopf? Vermutlich ging es um genau diese taktischen Züge (guten Antrag der Gegenseite ablehnen, später leicht abändern und neu einbringen), die viele Bürger beim Blick auf die Politik so fassungslos machen.

Populismus

Immer, wenn der Gegenseite in der Vergangenheit die Argumente ausgingen, wurden Anträge und Anregungen von *Pro Coesfeld* gern abwertend als „populistisch“ bezeichnet. Zu diesem Schlagwort hat der Journalist Thomas Wiczorek in seinem Buch „Die rebellische Republik“, das sich unter anderem mit der Politikverdrossenheit gegenüber den Volksparteien beschäftigt,

angemerkt: „Wann immer die Kritiker, egal ob Opposition oder Normalbürger offenbar dem Volk aus der Seele sprechen, werden sie als ‚Populisten‘ beschimpft, wohingegen man den Raubzug gegen die Bevölkerung als ‚alternativlosen Sachzwang‘ und die hanebüchernen und zurechtgelogenen Begründungen dafür als ‚unbequeme Wahrheit‘ verkauft.“

Turbulenzen um die Windkraft

Seit dem Beschluss zur Energiewende durch die CDU-/FDP-geführte Bundesregierung muss vorrangig nach alternativen Energien gesucht werden, damit man tatsächlich bis 2022 komplett auf Atomkraft verzichten kann. Diese Suche erstreckt sich auf Müllverbrennung, Fotovoltaik, Wasserkraft, Windkraft, Biomassenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung und weitere alternative Energien. Alle Landesregierungen wurden deshalb aufgefordert, an der Suche, Planung und Realisierung mitzuwirken. Für das Münsterland fallen verschiedene Arten der alternativen Energieerzeugung von vornherein weg, aufgrund der vorhandenen Flächen ist aber das Münsterland prädestiniert für die Windkraft bzw. für die Erstellung von Windkraftanlagen. Deshalb sind alle Gemeinden (Kommunen) verpflichtet, im Rahmen des neu aufzustellenden Regionalplanes Suchräume für die Windkraft auszuweisen; auch im Baugesetzbuch (BauGB) wurde die Windkraftnutzung als privilegierte Energiegewinnung in den § 35 aufgenommen. „Privilegiert“ bedeutet in diesem Sinne nichts anderes, als dass Privatinteressen hinter den Interessen der Allgemeinheit zurückstehen müssen.

Erste Schritte

Schon Ende 2011 wurde dieser Auftrag von der Coesfelder Verwaltung aufgenommen; der Rat hat die Verwaltung ermächtigt, sog. Suchräume für die Windkraft auszuweisen. Dabei ist die Verwaltung in Abstimmung mit der Politik wie folgt vorgegangen: Zunächst wurde um jedes Wohnhaus im Außenbereich ein Abstandskreis von 400 m gelegt; dies entspricht einem 2-fachen Abstand von einer Windkraftanlage mit einer Höhe von maximal 200 m. In jedem Suchraum müssen mindestens drei Windkraftanlagen errichtet werden können. Nach einem Abwägungsprozess wurden schließlich acht Suchräume gefunden, auf welche alle geforderten Parameter zutreffen.

Nur in diesen Suchräumen können also Anlagen geplant werden; diese sollen als Bürgerwindparks betrieben werden: Planung und Betrieb sollen in der Hand ortansässiger Bürgergemeinschaften liegen. Auch eine darüber hinausgehende Bürgerbeteiligung gilt als wünschenswert; die

Leistung der Betreiber könnte finanzieller Art sein oder z.B. in einer kostengünstigen Stromlieferung bestehen. Bisher haben sich in Coesfeld drei Gesellschafter bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet.

Zeit der Gutachten

Voraussetzung für die Errichtung eines Windparks ist ein artenschutzrechtliches Gutachten, in dem alle Belange von Flora und Fauna im Sinne der Umweltverträglichkeit und des Naturschutzes geprüft werden. Dieses Gutachten müssen die Bürgergesellschaften vor der Planung von Windparks beauftragen und finanzieren; erst wenn durch ein solches Gutachten sichergestellt ist, dass Belange der Umwelt und des Naturschutzes nicht berührt sind, kann eine entsprechende Änderung bzw. Teiländerung des Flächennutzungsplanes beantragt und ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden. Eine Kommune tut gut daran, ein solches Verfahren zu wählen, da nur über die Teiländerung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes die Planungshoheit bei der Gemeinde verbleibt; ansonsten wäre eine Beteiligung und somit Mitgestaltung im Sinne der Bürger nicht möglich.

Während in sieben von acht Suchräumen in Coesfeld kein Widerspruch erfolgte, regte sich in Goxel erheblicher Widerstand seitens der Anwohner. Für diesen Suchraum 1 waren jedoch schon seitens Politik und Verwaltung die Parameter anders gesetzt worden. Aufgrund der dichten Besiedlung wurde hier ein Abstand von 500 m zur nächsten Windkraftanlage gewählt; dies entspricht bei einer maximalen Höhe der Windkraftanlage einem 2,5-fachen Abstand. Da ein 2,5-facher Abstand einer Einzelfallüberprüfung bedarf, wurde von den Anwohnern ein 3-facher Abstand gefordert, denn dieser Abstand wird nach der Rechtsprechung als unkritisch gesehen, außerdem wird durch einen 3-fachen Abstand eine „erdrückende Wirkung“ der Anlage in der Regel ausgeschlossen. Hierzu erklärte sich die Bürgerwindparkgesellschaft mit Schreiben an den Bürgermeister vom 29.08.2012 bereit und fixierte dies auch in einem schriftlichen Angebot an die Bürgerinitiative

mit Datum 02.09.2012. Erst nach diesem Schritt der Gesellschaft entschied die CDU, durch einen gleichlautenden Antrag an den Rat eben diesen ohnehin verbindlich zugestandenem 3-fachen Abstand auch noch per Ratsbeschluss festzuschreiben zu lassen.

Konsens erwünscht

Der Ausschuss Umwelt, Planen und Bauen hat über die Suchgebiete und den Antrag in seiner Sitzung am 19.09.2012 beraten und die Empfehlung an den Rat abgegeben, die acht verbliebenen Suchräume als Windkraftbereiche zu definieren und das weitere Verfahren anzugehen. Der Antrag der CDU wurde abgelehnt, da der Zeitpunkt einer definitiven Abstandsfestlegung als verfrüht erscheint. Die Entscheidungsgründe aus Sicht von Pro Coesfeld sind vielschichtig: Zunächst einmal besteht für die Bürgerinitiative und die Bürgerwindparkgesellschaft weiterhin die Möglichkeit, einen weitgehenden Konsens zu erzielen, wie er auch in den anderen Suchräumen möglich war. Der Konsens muss zwischen diesen beiden Parteien erfolgen; hier kann die Politik allenfalls Empfehlungen aussprechen. Zum zweiten gibt es im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eine umfassende frühzeitige Bürgerbeteiligung und außerdem die Beteiligung im Rahmen der Auslegung des Bebauungsplanes. Da erst im vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine genaue und definitive Festlegung des Anlagenstandortes erfolgt, besteht auch dann erst die Möglichkeit, über Abstände und andere Eingriffe eine vernünftige Abwägung zu treffen. Und da in Goxel schon seitens der Bürgerwindparkgesellschaft das Angebot eines dreifachen Abstandes besteht, wird sich die Politik bei der Entscheidung über diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan vermutlich daran orientieren. Die Politik wird dabei sicherlich bemüht sein, die Belange beider Seiten zu berücksichtigen. Beide Parteien dürften aber ohne Zweifel am besten fahren, wenn sie die Lösung des Konflikts nicht dem Rat überlassen, sondern schon vorab einen gemeinsamen Weg finden – einen echten Konsens, von dem alle profitieren könnten.

Der Bürgerbus: Ein Modell für Coesfeld und Lette?

Die Deutschen werden immer älter – zum Glück. Doch dass damit vielfältige Probleme verbunden sind, weiß inzwischen jeder. Eines davon ist ein zunehmendes Mobilitätsproblem: Viele ältere Bürger haben Schwierigkeiten, von ihren Wohngebieten aus ins Zentrum zu gelangen, um dort einzukaufen oder einen Arzt aufzusuchen. Das Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) ist überall eher gering, da viele Strecken aufgrund niedriger Fahrgastzahlen unrentabel bleiben. Wenn es dann auch noch mit dem Fahrradfahren im Alter nicht mehr so recht klappt, hat man kaum noch Möglichkeiten, zum Beispiel vom Ortsteil „Sanden“ in den Ortskern von Lette oder auch vom Brink in die Innenstadt zu gelangen.

Eine mögliche Lösung des Problems könnte der Einsatz von Bürgerbussen sein. Diese fahren bereits in unzähligen Gemeinden auf festgelegten Linien als privat organisierte Alternative zum sonstigen ÖPNV. Der Fahrpreis ist dabei gering, da die Fahrer ehrenamtlich unterwegs sind.

In den vergangenen Jahren wurde bereits mehrfach über ein Bürgerbusmodell für Coesfeld und für Lette diskutiert, ohne dass hier Konkretes auf den Weg gebracht wurde. Schade, meinte Pro Coesfeld und lud deshalb den Vorsitzenden des Vereins „Pro-Bürgerbus NRW“, Franz Heckens, zu einer Informationsveranstaltung nach Lette ein. Heckens berät seit vielen Jahren Gemeinden, die einen Bürgerbus einrichten wollen. Er selbst hat Mitte der 90er Jahre als Mitarbeiter der Stadtverwaltung den Bürgerbus in Kevelaer mit aufgebaut. Aus anfänglicher Skepsis wurde bei ihm inzwischen eine große Begeisterung. Und er würde sich freuen, demnächst Lette und Coesfeld auf der Bürgerbus-Landkarte zu finden. „Aus meiner Sicht scheinen in Coesfeld und Lette die notwendigen Voraussetzungen erfüllt“, so das Fazit des Experten. Der „Sanden“ könnte dabei den Anfang machen, denn aufgrund der Größe des Letter Ortsteils wären ausreichend Fahrgäste zu erwarten, allerdings nicht so viele, dass der Bürgerbus überlastet wäre. „Wichtig ist es“, so warnt Heckens, „dass dieses Thema nicht durch typisches Parteigezänk zerrieben wird.“ Einen erfolgreichen Bürgerbus kann man nur im Konsens mit vielen Beteiligten auf die Beine stellen, und hier sind oft die im Ort engagierten Vereine erste Ansprechpartner. Auch für die Fahrer erweist sich der Bürgerbus als echter Gewinn – wenn auch nicht materiell. „Mein Vater fährt seit seiner Pensionierung ebenfalls Bürgerbus“, erzählt Heckens, „weil er so mit vielen Menschen in Kontakt kommt.“

Tai Ginseng für die Verwaltung?

Wir haben doch alle schon einmal etwas vergessen. Jeder hilft sich dabei, so gut es geht. Der eine mit Spickzetteln, der andere mit Memoblocks – und der Verwaltungsvorstand hat ja *Pro Coesfeld*.

Denn in der letzten Zeit durfte die Wählergemeinschaft gleich mehr-

fach daran erinnern, dass manche Beschlüsse aus Ausschüssen und Rat noch gar nicht umgesetzt waren. Da gab es einmal die Beseitigung der Kübel in der Reiningstraße, ein anderes Mal wusste der Verwaltungsvorstand nicht mehr, dass eine Bürgerinformation zur Vorstellung

des Schulentwicklungsplans erfolgen sollte – und dann war da auch noch der einstimmig gefasste Ratsbeschluss über den Workshop zur strategischen Zielausrichtung, der eigentlich im ersten Halbjahr 2012 durchgeführt werden musste, aber wegen einer kurzfristigen Kehrtwende der CDU in den Herbst verlegt werden sollte. (siehe Seite 3)

Mit und ohne Stempel

Diese Notiz gehörte eigentlich unter die Rubrik „Kurz & schlecht“: Gleich mehrfach musste *Pro Coesfeld* im Laufe des letzten Jahres nachweisen, dass eigene Anträge entgegen der Auffassung der Verwaltung tatsächlich fristgerecht eingereicht worden waren. Da gab es nämlich schon einmal kleine Unstimmig-

keiten mit dem Datum auf dem Eingangsstempel ... Dass es auch ganz anders geht, beweisen die letzten drei Anträge der CDU-Fraktion: Auf Eingangsstempel wurde da gleich ganz verzichtet. Ein Versehen? Oder lässt man schon mal Fünfe gerade sein, wenn – ja, wenn der Richtige den Brief vorbeibringt?

Impressum

Verantwortlich: Im Auftrag der freien Wählergemeinschaft: Robert Böyer.

Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld.

E-Mail: redaktion@pro-coesfeld.de

Für den Vorstand: Robert Böyer, Paul Zumbült, Heinz Volmer, Dr. Günter Kirstein.

Für die Fraktion: Günter Hallay, Hans-Theo Büker, Hermann-Josef Peters.

Das Zeitungsteam: Robert Böyer, Dr. Thomas Pago, Uwe Hesse mit Vorstand und Fraktion.

Auflage: 16.800 · Redaktionsschluss: 4. November 2012